

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. Se. Maj. der König empfingen gestern vor der Tafel den Vortrag des Minister-Präsidenten und hierauf den Oberst v. Sandrat, Kommandeur des 2. pomm. Grenadier-Regiments (Kolberg) Nr. 9, welcher die Ehre hatte, die Orden des zu Koblenz gestorbenen Generals a. D. v. Sandrat überreichen zu dürfen. Heute empfingen Se. Maj. den Vortrag des Civil-Kabinetts und ertheilten dem Grafen von Fürstenberg-Stammheim eine Audienz; auch nahmen Allerhöchsteselben aus den Händen des Hauptmanns v. Hobe, im 2. brandenb. Grenadier-Regiment Nr. 12 (Prinz Karl von Preußen), die Orden seines verstorbenen Vaters, des General-Lieutenants a. D. v. Hobe, entgegen.

— H. K. H. der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz werden, dem Vernehmen nach, morgen hier eintreffen und gebenden noch einige Zeit in Berlin zu verweilen.

— Die heutige „Provinzial-Korr.“ schreibt: Der mit England abgeschlossene Schiffahrts-Vertrag vom 16. August 1865, welcher von der Staatsregierung dem Abgeordnetenhaus zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorgelegt war, hat am 16. d. M. die Genehmigung desselben erhalten. Es ist dies die erste und einzige Arbeit, welche das Abgeordnetenhaus in Erfüllung einer verfassungsmäßigen Pflicht bisher erledigt hat.

Der Gesetzentwurf in Betreff der preußischen Marine, durch welchen die Staatsregierung zur Fortführung des Hafenbaus, der Festungen und der Garnison-Arbeiten an der Jähde, zur Herstellung und Befestigung eines Marine-Etablissements an der Kieler Bucht, so wie zur Anschaffung zweier Panzerfregatten und schwerer gezogener Gußstahlgeschütze die Genehmigung zu einer Anleihe von 10 Mill. Thlrn. beim Abgeordnetenhaus beantragt hat, ist seitens der vorberathenden Kommission einstimmig abgelehnt worden. Einstimmig! Also nicht einer fand sich in der Kommission, der sich in dieser Angelegenheit von der höchsten patriotischen und nationalen Wichtigkeit entschloß, das Interesse des Vaterlandes höher zu achten, als die Bedenken des Parteinehmers. Auch nicht einer! Welch ein Zeugnis für das gegenwärtige Abgeordnetenhaus!

— Der Artikel der „Prov.-Korr.“ über die Mittheilungen vom Landtag lautet wörtlich: Die Bestimmung des Preßgesetzes, nach welcher „Berichte von den öffentlichen Sitzungen beider Häuser des Landtages, insoweit sie wahrheitsgetreu erstattet werden, von jeder Verantwortung frei bleiben“, wird vielfach mißbräuchlich dahin ausgehend, daß man jede Art von Mittheilungen aus dem Bereich der Landtags-Verhandlungen als darunter begriffen und daher völlig straffrei erachtet. Die Vorschrift bezieht sich jedoch mit klaren Worten nur auf die „Berichte von den öffentlichen Sitzungen des Landtages“, nicht aber auf anderweitige Kundgebungen und Veröffentlichungen vom Landtag, — weder auf die gestellten Anträge, noch auf die Kommissionsberichte (insoffern dieselben nicht in den öffentlichen Sitzungen verlesen worden sind), noch endlich auf sonstige Referate von den Vorverhandlungen in Kommissionen und vollends in Fraktionen. Alle diese Mittheilungen bleiben vielmehr bei dem Abdruck in Zeitungen und anderen Druckschriften der vollen Verantwortung nach Maßgabe des Preßgesetzes und des Strafgesetzbuchs unterworfen. Nur für Druckschriften, welche von den Häusern des Landtags selbst oder von Königlichen Behörden ausgehen, ist in dieser Beziehung durch §. 30 des Preßgesetzes eine Ausnahme festgestellt. Diese Lage der gesetzlichen Bestimmungen ist in neuerer Zeit vielfach übersehen und verkannt worden: namentlich sind Anträge von Abgeordneten, so wie Berichte über die Kommissions-Verhandlungen, in welchen Äußerungen unzweifelhaft strafbaren Inhalts enthalten waren, ohne Weiteres in den öffentlichen Blättern abgedruckt worden. Die Regierung hat sich dadurch veranlaßt gesehen, die Behörden auf die Unzulässigkeit solcher Veröffentlichungen hinzuweisen. „Je mehr das Bestreben der regierungsdienstlichen Parteien während der gegenwärtigen Landtags-Sessoin darauf gerichtet ist, die Verhandlungen vor Allem zur Erregung öffentlichen Missvergnügens auszubauen, desto dringender erscheint allerdings die Verpflichtung der Königlichen Behörden, die ihnen zustehenden gesetzlichen Befugnisse gegenüber solchen Bestrebungen alseitig und wirksam zur Anwendung zu bringen.“

— In Betreff der diesjährigen Indiensthaltungen Königlicher Schiffe ist Folgendes bestimmt worden: Das Panzerfahrzeug „Arminius“ und die Schrauben-Korvetten „Gazelle“, „Hertha“ und „Arcona“ sollen als ein Lehr- und Normal-Geschwader zur Ausbildung von Personal aller Dienstzweige, so wie als Schule eines gleichmäßigen Dienstes in der ganzen Marine, zu einer 3- bis 4monatlichen Uebung in der Ostsee in Dienst gehalten werden. — Nach beendeter Uebung werden „Arminius“, „Hertha“ und „Gazelle“ in Kiel außer Dienst gestellt. — Dampf-Kanonenboot zweiter Klasse „Loreley“ und ein Dampf-Kanonenboot zweiter Klasse werden zur Fortsetzung der Vermessungs-Arbeiten in der Nordsee mit dem Eintritt günstiger Witterung in Dienst gestellt. — Die Segelsfregatte „Hesiod“ soll nebst einem in Dienst zustellenden Dampf-Kanonenboot zweiter Klasse als Artillerieschiff die Uebungen möglichst frühzeitig beginnen und während der Dauer der Uebung der Schrauben-Korvette „Arcona“, deren Dienst als Wachtschiff im Kieler Hafen übernehmen. — Die Segelsfregatte „Thetis“ wird im Herbst d. J. zur Ueberführung von Danzig nach Kiel und zur Uebernahme des Dienstes als Wachtschiff im Kieler Hafen in Dienst gestellt werden.

(Mil. Bl.) Das Anwachsen der Bevölkerung an einzelnen Punkten hat auch die Vermehrung der Stamm-Mannschaften bei einzelnen Landwehr-Bataillonen, so wie die Vermehrung der Kontrollepläne notwendig gemacht, um das Kontrollegeschäft überwältigen zu können. Die beiden Berliner Bataillone haben statt 8 Kontrolbezirke deren 12, das Breslauer statt 4 deren 6 erhalten,

wozu die nötige Zahl von Bezirkfeldwebeln angestellt worden ist; vom 1. April ab wird auch der Stamm des Gleiwitzer Bataillons (1. Bat. Nr. 22) um einen Sergeanten 2. Klasse, und der des Essener Bataillons (Nr. 36) um 4 Gefreite vermehrt. Die Minister des Krieges und der Finanzen sind außerdem ermächtigt worden, wegen der entsprechenden Verstärkung der betreffenden Landwehrstämme, so wie wegen Erhöhung der Bureauelder für die betreffenden Landwehr-Bataillons überall da in Verbindung zu treten, wo die örtlichen Verhältnisse und die Zunahme der Bevölkerung die Kontrolle der Mannschaften des Beurlaubtenstandes verhindern, daß die vorhandenen Landwehrstämme dieselbe ohne Gefährdung dieses wichtigen Dienstzweiges allein nicht mehr auszuführen vermögen.

— Der „Wes. 3.“ wird telegraphirt: Diplomatische Unterhandlungen betreffs der Auslieferung des Redakteurs May haben nicht stattgefunden. Das Berliner Kammergericht setzte den neuen Termin auf den 10. März, unter Entbindung des persönlichen Erscheinens, an.

— Aus Aachen meldet die „Aach. Zeit.“: Dem Vernehmen nach soll das unter Garantie der fünf europäischen Großmächte den Kronen Preußen und Belgien gemeinschaftliche neutrale Gebiet zwischen den beiden genannten Mächten getheilt werden. Als Theilungs-Kommissar ist der hiesige Regierungs-Präsident Kühlwetter bezeichnet.

— Der Staatsgerichtshof verfolgt stets brieslich den Rittergutsbesitzer Natalis v. Sulerzycki, welcher im Polenprozeß zu 1 Jahr Festungshaft verurtheilt worden und nirgends aufzufinden ist.

— Laut gestern eingegangener Meldung ist Sr. Maj. Schiff „Bineta“ am 20. Januar im Hafen von Rio Janeiro glücklich angetommen. An Bord Alles wohl.

Halle, 20. Februar. In der sehr zahlreich besuchten Versammlung des hiesigen konservativen Vereins „Borussia“ am 17. d. hielt Geh. Rath Prof. Dr. Witte einen Vortrag über den Ober-Tribunal-Beschluß. Der Redner wies zuerst in schlagender Weise die von gegnerischer Seite gemachten Vorwürfe gegen das Obertribunal und den Justizminister zurück, erörterte dann die Stellung des Obertribunals, woraus sich die Berechtigung desselben zu diesem Beschlusse ergab, und schloß mit einer Begründung des Beschlusses selbst, wobei auch auf die in anderen Verfassungen sich findenden einfliegenden Bestimmungen Rücksicht genommen wurde. Die Versammlung folgte der meisterhaften Darstellung mit gespannter Aufmerksamkeit und gab dem Redner ihre Zustimmung und ihren Beifall laut zu erkennen.

Köln, 20. Februar. Gestern Abend fand die Ueberreichung der von einer „Bürgerversammlung“ beschlossenen Anerkennungs-Adresse an den Appellationsgerichtsrath Friedrich v. Ammon statt. Der Stadtverordnete Kemp verlas nach einigen einleitenden Worten dieses Dokument. Nach der Verlesung desselben sprach Herr v. Ammon seinen Dank in folgenden Worten aus:

Meine hochgeehrten Herren! Wohl könnte mich die Anerkennung stolz machen, welche mir heute von meinen lieben Mitbürgern zu Theil wird, wenn es nicht von je her mein grundsätzliches Streben gewesen wäre, ein demütiger Mensch zu sein und zu bleiben, wenn ich nicht erkannte, daß mir zu viel Ehre geschieht. Wenn ich einen Stolz habe, so ist es der: ein überzeugungstreuer, ehrlicher Mann zu sein. Was ich als solcher gehan, das schlichte Wort, das ich, gedrängt von meinem Gewissen, gesprochen, schlage ich wahrlich nicht hoch an und überschäze mich deshalb nicht. Sein Erfolg im Vaterlande ist nicht meiner Person, sondern dem Zusammentreffen mehrerer Faktoren beizumessen. Es war zuerst die innere Notwendigkeit, der durch unsere Verfassung klar ausgesprochenen Rechte der Abgeordneten, eines bisher unverkümmerten Volkwerkes gefährlicher Freiheit. Es war zweitens der Umstand, daß ich zur Widerlegung einer unrichtigen Interpretation dieser Rechte, welche in dem Saal gipfelte: Die Abgeordneten sind für ihre in der Kammer gesprochenen Worte außerhalb derselben unverantwortlich, so lange nicht die Königliche Staatsanwaltschaft sie für verantwortlich erachtet, — daß ich zur Widerlegung einer solchen Interpretation besonders befähigt war, weil ich in zwei Perioden meines bewegten Lebens unmittelbar zu dem Ausdruck und zu der Verbürgung jenes Rechtes mitgewirkt hatte. Es war drittens meine Stellung als preußischer Richter — woraus ich mir bisher immer eine Ehre gemacht habe, welche mit in die Waage fiel. Dass dieses Wort allerwärts zündete, davon zeugt die Runde, die es durch alle Zeitungen machte, — davon zeugen die zahlreichen Zustimmungen, die ich von allen Seiten erhalte, — davon zeugen die Entstellungen und Verdrehungen desselben durch eine arglistige Presse, (?) — davon zeugt auch der Versuch der amtlichen Unterdrückung meiner Erklärung, der indes an zwei richterlichen Instanzen scheiterte, weil sie nur der berechtigte Ausdruck einer thatsächlichen und richterlichen Überzeugung war. Meine Herren, es könnte betrübend erscheinen, daß ein so einfaches Wort solche Anerkennungen fand, als ob es der freien Männer im Vaterlande so wenige gäbe, wenn nicht auf der anderen Seite die allseitige Ausnahme desselben ein erfreuliches Zeichen der verstarkten öffentlichen Meinung, der lebendigen Theilnahme an den verfassungsmäßigen Volksrechten wäre. Und nur deshalb, nicht wegen eines eigenen Verdienstes, freue ich mich dieser Zustimmungen. Meine Herren, ich kann nicht allen einzeln danken. Nehmen Sie denn, meine lieben Mitbürger, im Namen aller Anderen meinen Dank für die patriotische Gesinnung und für die wohlwollende Meinung, die Sie mir entgegentragen. Beharren wir auf gesetzmäßigem Wege einmuthig in dem Streben nach Recht und gesetzlicher Freiheit, verzweifeln wir nicht an der Zukunft unseres geliebten Vaterlandes, und es wird sich bewähren, daß Recht am Ende doch Recht bleiben muss.

— Die Jamalka-Bill, welche von der Regierung dem Parlamente vorgelegt worden ist und schon im Laufe dieser Woche zur Beratung gelangen wird, besteht ihrer Wesenheit nach aus dem Antrage, „daß die bisherige Legislatur von Jamaika abgeschafft und daß es für J. M. die Königin gesetzlich sein solle, für besagte Insel eine Regierung zu schaffen und zu konstituieren, in solcher Form und mit solchen Vollmachten, wie es J. M. am passendsten erscheine, und daß es ferner für J. M. gesetzlich sein solle, diese Regierung von Zeit zu Zeit zu ändern oder zu verbessern.“

Ausland.

Paris, 19. Februar. Es wird für eine kleine Demonstration gehalten, daß Prinz Napoleon seine Kunstsammlungen in der Villa der Avenue Montaigne durch große Plakate an den Straßen zum Verkauf ausbieten läßt. Die Pariser Korrespondenten verschiedener Blätter machen auf die Lebhaftigkeit des diplomatischen Verkehrs zwischen Frankreich und Dänemark aufmerksam; andere versichern, mit welchem Rechte, können wir nicht beurtheilen, daß die Augustenburgischen Agenten starken Anteil an diesem Verkehr nähmen und daß sie die Abtretung des dänisch redenden Theiles von Nordschleswig angeboten hätten, um durch diese Huldigung vor der Nationalitätschule der Franzosen das Kaiserliche Kabinett für ihre Sache zu gewinnen. Daß die österreichische Diplomatie dabei nicht müßig sei, wird ebenfalls behauptet. Es heißt, der Kronprinz von Dänemark werde in nächster Zeit hierher kommen und zwei Monate in der französischen Hauptstadt verweilen. Auf dem Pariser Gemüsemarkt machen die ersten grünen Erbsen großes Aufsehen; sie kommen von Algier und langen durchaus frisch an, da sie nur 50 Stunden unterwegs sind.

London, 19. Februar. Die Sonnabendstunde des Parlaments dauerte bis gegen 1 Uhr Nachts, also bis in den Sonntag hinein. Solche Verlebungen der sonst hier so streng beobachteten Sonntagsruhe von Seiten des Parlaments geschieht sehr selten. Zur Zeit der Republik unter Cromwell und dann während der papistischen Verschwörung kamen sie gelegentlich vor; eben so beim Ableben Wilhelms III., der Königin Anna, Georgs II. und Georgs III. Am 18. Mai 1794 dauerte die Debatte über eine Bill zur Festnahme verdächtiger Personen bis nahe 3 Uhr am Sonntag Morgen. Und Sonntags am 4. Mai 1856 hielt das Parlament eine kurze formelle Sitzung, aber nur, um feierlich in die Kirche zu gehen und für die Beendigung des Krieges mit Russland ein Dankgebet zu verrichten.

In Dublin, wo die lokale Majorität die telegraphische Nachricht von der bevorstehenden Suspendierung der Habeas Corpus mit Befriedigung vernommen hatte, begann die Polizei schon vorgestern, Sonnabend, massenweise Verhaftungen vorzunehmen. Die ersten Personen, deren sich die Polizei bemächtigte, waren Leute, die in Dublin fremd waren, sich dort eine Zeit lang ohne sichtliche Beschäftigung umhergetrieben und in guten Hotels recht anständig gelebt hatten. Lange schon hatte die Polizei sie scharf überwacht, denn es hieß, daß sie aus Amerika, England oder Schottland mit bösen Absichten gekommen seien. Obgleich man auf die Suspendierung der Habeas Corpus gefaßt war, rechneten diese Verdächtigen doch daran, eine Woche Zeit zum Abfahren nach Liverpool oder anderswohin zu haben. Ihre Überraschung, als sie plötzlich verhaftet wurden, war daher nicht gering. Einige wurden aus dem Bett, andere während des Ankleidens oder beim Frühstück abgeholt. Man ließ ihnen keine Zeit, sich mit Freunden oder Verbündeten in Verbindung zu setzen und wenn sie fragten, welches Vergehen sie beschuldigt seien, so erhielten sie weder Auskunft, noch Antwort. Auch auf den Polizeistationen, wo man sie vor der Hand unterbrachte, wurde keine Anklage gegen sie eingetragen oder ihnen selbst mitgetheilt. Die Regierung hatte schon am Freitag Abend einen allgemeinen Verhaftsbefehl gegen alle der feindsichen Verschwörung Verdächtigen erlassen, und bis 2 Uhr Nachmittags waren nicht weniger als 120 Personen in Gewahrsam. Es herrschte nicht wenig Aufregung in der Stadt, denn das Gerücht sprach, daß die Dubliner Fenier weiteren Verhaftungen mit Gewalt widerstehen würden. Aber die einzige Demonstration, wenn man es so nennen kann, bestand darin, daß die weiblichen Verwandten oder Freunde der Eingespererten ihnen Erfrischungen aller Art zu trugen. Um 2 Uhr Nachmittags, als die Arbeiter zum Mittagessen gingen, wurden auch viele von diesen festgenommen, und im Ganzen sollen in Dublin und der Umgegend nicht weniger als 250 wirkliche oder vermeintliche Fenier am Sonnabend allein aufgegriffen worden sein. Das Militär war in den Kasernen konzentriert, doch bedurfte man seiner Dienste nicht. — Gestern, am Sonntag, fanden neue Verhaftungen statt, aber Dublin blieb vollkommen ruhig. Auf den Schaffner eines Bahnzuges soll auf der Fahrt durch Capel-Street gefeuert worden sein, ohne daß er verwundet wurde. Eine starke Militär-Abteilung mit Artillerie ging gestern von Dublin gegen Süden, und die Truppen der irischen Hauptstadt blieben unter den Waffen.

— Die Jamalka-Bill, welche von der Regierung dem Parlamente vorgelegt worden ist und schon im Laufe dieser Woche zur Beratung gelangen wird, besteht ihrer Wesenheit nach aus dem Antrage, „daß die bisherige Legislatur von Jamaika abgeschafft und daß es für J. M. die Königin gesetzlich sein solle, für besagte Insel eine Regierung zu schaffen und zu konstituieren, in solcher Form und mit solchen Vollmachten, wie es J. M. am passendsten erscheine, und daß es ferner für J. M. gesetzlich sein solle, diese Regierung von Zeit zu Zeit zu ändern oder zu verbessern.“

Mexiko. Die Ansprache des Kaisers Maximilian an die Kondolenz-Deputation enthielt nach einem genaueren Berichte folgendes: Auch König Leopold von Belgien (Maximilians Schwiegervater) hatte, als er einen ihm vom Volke angebotenen Thron annahm, eine Nation und eine Regierung zu gründen. Wir werden versuchen, aus seinem großen Beispiel Nutzen zu ziehen. Wundern, die ein 50jähriger Bürgerkrieg geschlagen hat, heißt man nicht in einem Tage, aber stark im Glauben, gehe ich mit unermüdlicher Ausdauer geradezu auf mein Ziel los. Meine Kraft mag versagen — mein Wille wird es niemals. Mein Zweck ist nicht, die demokratischen Gebräuche der Nation zu ändern, weil ich überzeugt bin, daß sie den Geist des Bürgers erheben, indem sie ihn mit dem Bewußtsein seiner Würde und seines Werthes erfüllen. Ich habe die Freiheit der Presse geachtet, so lange sie nicht

in Zügellosigkeit ausartete, und zugleich habe ich dem Gesetz Geltung verschafft. Stark durch den Beistand meines Gewissens und die Reinheit meiner Absichten, sehe ich der Zukunft ruhig entgegen. Mexiko hat seine Ehre in meine Hand gelegt. Es wisse, daß seine Ehre sicher ist.

Landtags-Verhandlungen.

— Morgen um 1 Uhr findet eine Sitzung des Herrenhauses statt. Auf der Tagesordnung steht der Schiffahrtsvertrag mit England, dessen Genehmigung die Kommission beantragt

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung vor Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen und des Einzugsgeldes traf vorgestern Abend zu einer ersten Berathung zusammen. Die Regierung war durch die Herren Herzog und Ribbel vertreten; Referenten in der Kommission sind für das Koalitionsgesetz, welches zunächst in Angriff genommen wurde, Abgeordneter Dr. Ziegert, und für den Entwurf wegen Aufhebung des Einzugsgeldes Abgeordneter Dr. Lette. Nach eingehender General-Diskussion ward bei der Spezial-Debatte zu §. 1 das Amendum, den §. 183 der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung nicht als aufgehoben mit anzuführen, abgelehnt und eben so das andere Amendum, den §. 184 hinzuzufügen, dann aber der §. 1 nach der Regierungsvorlage einstimmig angenommen. — §. 2 wird mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen, §. 3 mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt und §. 4 mit Auslassung des Titels §. 3 angenommen; sodann wird auch der ganze amendeerte Gesetzentwurf mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

— Die Budget-Kommission, welche vorgestern die Resolutionen 1—5 des Birchow'schen Vorberichtes erledigt hatte, nahm gestern, wie die „D. R. C.“ berichtet, auch die sechste des ersten Abschnitts an, die von der Verantwortlichkeit der Minister, der civil- und der strafrechtlichen, in Bezug auf das Etatsgesetz handelt. Die sechs Resolutionen des zweiten Abschnitts (von dem Anteil der Faktoren der gesetzgebenden Gewalt an der Feststellung des Etatsgesetzes) wurden nicht für nothwendig erachtet. Die sechs ersten Resolutionen des dritten Abschnitts, der von dem Etatsentwurf für 1866 handelt, wurden auf folgende zwei reduziert: „1) Der Etats-Entwurf für 1866 enthält eben so wenig wie der von 1865 eine staatswirtschaftlich richtige Vertheilung der Ausgaben auf die einzelnen Verwaltungen; namentlich bedarf der Militär-Etat einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung.“ (Diese Resolution 1 ersetzt die 1—3 des Abg. Birchow.) „2) Die bedeutende Steigerung der Einnahmen macht es noch mehr dringlich, eine Ermäßigung und Reform drückender oder zweckwidrig angelegter Staatslasten und Steuern in Angriff zu nehmen.“ (Diese Resolution 2 entspricht den 4—6 des Abg. Birchow.) Die siebente, welche die Regierung auffordert, schon bei der gegenwärtigen Etats-Berathung Abänderungs-Vorschläge im Sinne der aufgestellten Gesichtspunkte vorzulegen, wurde von dem Abg. Birchow, der überhaupt mit den getroffenen Änderungen nicht nur einverstanden ist, sondern sie zum Theil selbst anregt, zurückgezogen, die Aufstellung der sämtlichen Resolutionen aber in der Reihefolge beschlossen, daß die beiden zuletzt erwähnten Resolutionen den ersten Abschnitt bilden und die fünf des ersten Abschnitts (bei Birchow) den zweiten Abschnitt der Resolutionen am Schlus des Vorberichts, wie die Budget-Kommission sie dem Hause empfiehlt. Es fand über die Totale der desfassigen Beschlüsse und der getroffenen Anordnung noch eine besondere Abstimmung statt, die zu Gunsten ihrer Annahme ausfiel. Nach einer halbstündigen Pause, welche die Kommission machte, fand die Feststellung des Vorberichts statt.

Pommern.

Stettin, 22. Februar. (Monats-Versammlung des Stettiner Zweigvereins der pommerischen ökonomischen Gesellschaft am 21. Februar.) Der Direktor des Vereins, Herr Baron Trüssler von Falckenstein, eröffnet die Sitzung kurz nach 12 Uhr und teilt zuvörderst mit, daß der Herr von Ramin-Günzlin seinen Austritt aus dem Vorstande angezeigt habe, weshalb heute nur 2 Vorstandsmitglieder auszuholen seien. Das Los traf den Herrn Kaufmann Arlt und den Herrn Baron Trüssler. Beide wurden wieder und an Stelle des Herrn v. Ramin der Herr Graf v. Eichstädt-Peterswalde als Vorstandsmitglied gewählt.

Herr Dr. Scharlau hielt hierauf einen höchst interessanten Vortrag über die Trichinen. Schon im Jahre 1832 wurden sie von dem englischen Arzte Hilton entdeckt, von ihm aber ebenso, wie 3 Jahre später von Dorn, für unschädliche Parasiten des Menschen gehalten. Erst im Januar 1861 wurden uneingeschlossene Trichinen in der Leiche eines Mädchens aus der Gegend von Plauen, welche im Krankenhaus zu Dresden verstorben war, aufgefunden. Ihre Krankheit war für Typhus gehalten worden und untersuchte deshalb Dr. Jenker die Muskeln der Verstorbenen, um die Wirkungen des Typhus auf die Muskeln zu prüfen. Da fand man aber, daß nicht Typhus, sondern Millionen uneingeschlossene Trichinen die Todesursache gewesen sei. Nächere Nachforschungen ergaben, daß jenes Mädchen Ende Dezember 1859 bei ihrer Gutsherrschaft beim Wurstmachen viel rohes Wurstfleisch gegessen, daß auch mehrere andere Leute auf jenem Gute nach dem Genuss der Wurst, wenn auch nur unbedeutend, erkrankt waren. Der Dr. Jenker erhielt noch etwas von der qu. Wurst, in welcher Unmassen von Trichinen enthalten waren. Er teilte hieron, sowie von dem Fleische des gestorbenen Mädchens an Birchow und andere gelehrte Aerzte mit und gab dies die erste Gelegenheit, das Wesen der Trichinen gründlich zu studiren. Die Trichine in der Muskel ist noch nicht ausgebildet, sie enthalt ihre geslechtl. Entwicklung erst im Darmkanal. Das Männchen hat etwa 9 Weibchen, von welchen jedes 200 bis 250 Junge lebendig gebärt, worauf die Weibchen aber sterben. Die Jungen dringen nun durch die Darmwände nicht bloss in die Bauchhöhle umgebenden Muskeln, sondern werden, wahrscheinlich durch den Blutstrom, allen Muskeln im Körper zugeführt. Hier sucht sich nun die Natur gegen diese Eindringlinge zu schützen; es entstehen Entzündungen und aus diesen bilden sich die Kapseln um die Trichinen, nicht aber bewirken diese selbst, wie etwa die Raupe das Einspinnen, ihre Einkapselung. In diesem Zustande können sie 1½ Jahre lang im Menschen leben und sich entwicklungsfähig erhalten. In diesem Zustande, in den Muskeln, findet aber keine Vermehrung statt, diese kann erst wieder im Darmkanal erfolgen. Bei dieser großen Lebensfähigkeit der Trichinen wird nur der von ihnen besetzte Mensch sie überleben, dagegen erhalten sie Gelegenheit, aus allen Thieren, denen in der Regel kein so langes

Lebensziel gesetzt ist, sobald deren Fleisch von Menschen oder von anderen Thieren verzehrt wird, wieder in einen Darmkanal zu kommen, sich hier zu entwickeln und die beschriebene Kreiswanderung in dem neu errungenen Körper anzutreten. Die bisher gesammelten Erfahrungen haben nun aber bewiesen, daß eine kleine Menge eingewanderte Trichinen durchaus unschädlich sind. Die Schwere der Erkrankungen steht jedesmal im gleichen Verhältniß zu der Menge der Trichinen und es gehören Millionen dazu, um ganz schwere Erkrankungen oder den Tod herbeizuführen. Wie die Trichinen in das Schwein kommen, ist zwar noch nicht mit Bestimmtheit ermittelt, indessen ist anzunehmen, daß dies durch den Genuss von trichinhaltigem Fleisch oder Kot geschicht. Es wird nämlich beim Genuss einer größeren Fleischportion nicht alles verdaut, sondern ein Theil desselben wird unverdaut im Kot abgeführt, und das solchen Kot durchwühlende Schwein nimmt die in den Fleischstückchen enthaltenen Trichinen in sich auf. Bis jetzt hat man die gefährliche trichina spiralis nur in Menschen, Schweinen, Ratten, Hunden und Mäusen mit Bestimmtheit entdeckt; sie sollen jedoch auch in Mardern, Füchsen, Dachsen, Habichten, Dohlen und Elstern aufgefunden sein. Die Regenwürmer und Maulwürfe enthalten dagegen niemals die trichina spiralis. Daß in Sachsen die meisten Fälle von Trichinen-Erkrankungen vorgekommen sind, hat wohl darin seinen Grund, daß dort viel rohes Hackfleisch gegessen wird, namentlich von den Arbeitern. Als Schutz gegen die Trichinen dürfte sich bei Schweinen eine reinliche Stallfütterung empfehlen, wobei diese Thiere zugleich von allem Wühlen in Extremen oder Düngerhaufen fern zu halten wären, da schon eine tote Ratte, die sie vielleicht auf dem Acker finden und fressen, ihnen Trichinen zuführen kann. Dagegen ist der beste Schutz bei Menschen: ein gründliches Garochen oder starke Pökelung oder starke Räucherung des Fleisches; schwaches Kochen, Pökeln oder Räuchern schützt nicht. Mikroskopische Untersuchungen geben immer noch der Besichtigung Raum, daß man bei einem Thier in 20 Präparaten keine, im 21. aber dennoch Trichinen finden kann. Uebrigens ist die Gefahr, wie schon gesagt, nur dann eine große, wenn eine große Menge Trichinen dem Körper zugeführt ist, während kleinere Mengen keine Nachtheile für die Gesundheit herbeiführen. Seit man in neuerer Zeit bei allen Obduktionen den Trichinen nachprüft, sind von Birchow in jeder 20. Leiche eingekapselte und unschädliche Trichinen vorgefunden. In Hadersleben sind von ca. 300 erkrankten Personen nur etwa 80 gestorben. Die Trichinen bewirken entweder einen ungefährlichen katarrhalischen Durchfall, oder, nach ihrer Einwanderung in die Muskeln, in drei bis vier Wochen den Tod. Überlebt aber der Kranke diesen Zeitpunkt, so tritt wegen der inzwischen erfolgten Einkapselung der Trichinen die Genesung ein.

Hierauf zeigte Herr Dr. Scharlau das Verfahren bei Anfertigung von Präparaten zu mikroskopischen Untersuchungen, indem er Fleischstückchen von den von Herrn Baron Trüssler zur Stelle gebrachten, mit trichinem Fleische gefüllten Thieren, namentlich aus einem schon vorher getöteten Kaninchen und einem lebenden Huhn entnahm, wobei in dem Kaninchen Muskeln-Trichinen gefunden wurden. Auch hatte die Verarmung Gelegenheit, solche in einem Stückchen Menschenfleisch mikroskopisch zu beobachten.

(Schluß folgt.)

— Die Mitglieder des Landes-Oekonomie-Kollegiums, M. Elsner von Gronow auf Kalinowith in Oberschlesien und R. Lehmann auf Nitschke auf Alt-Bojen, haben es unternommen, auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1867 ein Bild der gesammelten norddeutschen Schafzucht in Proben jeder ausgezeichneten Herde Norddeutschlands darzustellen; sie tragen gemeinschaftlich alle durch erwachsenden Kosten und haben die entstandene Sammlung als Grundlage eines landwirtschaftlichen Museums in Berlin dem Ministerium offerirt.

— In der Nacht vom 20. zum 21. d. M. sind aus einem unbewohnten Gartenhause, Grünhof Mühlstraße 31, verschiedene Gardinen, Kleidungsstücke und Leinenzeug mittelst gewaltsamem Einbruchs gestohlen. Für Ermittelung der Diebe und Wiedererlangung der Sachen wird eine Belohnung von 5 Thlrn zugesichert.

— (Ost.-Z.) Vor einigen Wochen hat ein Herr aus Westfalen Hinterpommern bereist resp. durch Agenten bereisen lassen, und Kauf-Punktionen über eine Anzahl großer Güter zu hohen Preisen abgeschlossen. Recherchen haben ergeben, daß dieser Herr ein in Konkurrenz gerathener Bergwerksbesitzer ist, welcher wegen Betrugses in Berlin in Untersuchungshaft war. Aus dieser Haft vorläufig entlassen, verwandte er seine freie Zeit zu jenen Geschäftabschlüssen, bei denen, wie es heißt, unter Anderem als Courtaige an die Unterhändler von den Verkäufern Wechsel von 5000 resp. 10,000 Thlrn. gegeben sind, welche, wenn das Geschäft nicht perfekt wird, allerdings den Verkäufern zurückgestellt werden sollen. An ein Perfektwerden der Geschäfte ist nun freilich nicht zu denken, ebenso wenig aber auch an die Rückgabe dieser Wechsel, welche sich schon in der dritten oder vierten Hand befinden sollen und sehr wahrscheinlich am Verfallstage präsentiert werden. Zu diesem Verlust kommt für die Verkäufer noch der Verkaufssteuer im Betrage von je ca. 3000 Thlrn.

— Bedenklich nach der alten Wetterregel wäre der heutige, 22. Februarabend; denn: „wenn es auf Petri Stuhlfleier friert, so bleibt es noch vierzig Tag daran. Friert es nicht, so ist der Winter aus.“ Vom 24. Februar lautet der alte Witterspruch: „Matheis bricht Eis; findet er feins, so macht er eins.“

— Vor 14 Tagen soll der berühmte Meteorologe Professor Dove in Berlin gekürt haben, seinen Berechnungen nach werde es vor dem 20. Februar nicht frieren, nachher aber werde bald Frost eintreten. Wir notiren diese interessante Neuierung hier, weil es bis vorgestern in der That nicht gefroren hat, wir gestern und heute früh aber 5 Grad Kälte hatten. (Während das Thermometer fällt, ist das Barometer im Steigen, und wenn der Nordostwind anhält, hat er wohl noch mehr trockene kalte Tage im Gefolge.)

— Herr Kneiff, der erst kürzlich seinen tödlichen Humor unter so großem Beifall bei dem Jahrestag der polytechnischen Gesellschaft sprudeln ließ, hat zu seinem morgenden Benefiz: „Die schöne Klosterbäuerin“ gewählt. Bei der großen Beliebtheit des Herrn Kneiff als Komiker bedarf es keiner weiteren Empfehlung von unserer Seite.

— In der letzten nichtöffentlichen Stadtverordneten Sitzung fasste die Versammlung mit allen gegen eine Stimme den Beschluss:

den Herrn Oberbürgermeister zu ersuchen, die regelmäßigen Magistrats-Sitzungen vom Vormittag auf den Nachmittag oder Abend zu verlegen. Man hofft, daß dann mehr hiesige Bürger geneigt sein werden, die Wahl zu unbesoldeten Stadträthen anzunehmen. Bis zur erfolgten Antwort des Magistrats beschloß man einstimmig, die Wahl von 7 am 1. Juli d. J. neu einzutretenden Stadträthen auszufallen.

Greifswald im Februar. Ueber den Stand der Angelegenheit der hiesigen Predigerwahl entnehmen wir der „Ev. Kr. 3.“ Folgendes: Das Königl. Konsistorium hatte den Pastor Woltersdorf aufgefordert, in Stettin zu predigen, damit es ihn kennen lerne und ein Urteil zur Sache gewinne. In ausführlicher Vorstellung hat Woltersdorf dagegen gebeten, ihn in Greifswald hören zu wollen, und gleichzeitig hat er das Schreiben des Konsistoriums und seine Antwort darauf abschriftlich zur Kenntnahme nach Greifswald gesandt. Das Concilium academicum soll in energischer Weise gegen das Verfahren des Konsistoriums vorstellig geworden sein, und, wie es heißt, hat sich der Magistrat schon geschlossen oder wird es wohl thun.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 21. Februar, Abends. (Priv.-Dep. d. Berl. B.-Z.) Der Statthalter v. Gablenz hat von dem Altonaer Magistrat Auskunft darüber gefordert, ob bei der Erwerbung des Bürgerrechts Seitens des Redakteurs May allen gesetzlichen Vorschriften genügt sei.

Wien, 21. Februar, Abends. Die am 1. Januar d. J. für die venetianischen Emigranten erlassene kaiserliche Amnestie ist auch auf die tirolischen Emigranten ausgedehnt worden.

Paris, 21. Februar, Abends. Die „Patrie“ meldet, daß die aus Mexiko eingetroffenen Nachrichten auf einen Erfolg der Mission des Baron Saillard hoffen lassen. Der Kaiser Maximilian habe selbst einen Vorschlag gemacht, demzufolge 5000 Franzosen Mexiko verlassen könnten. Emil de Girardin, Clement Duvernois und ein dritter Redakteur der „Presse“ treten von der Redaktion dieses Blattes zurück, weil sie sich mit gewissen Schritten, welche ein Theil der Besitzer der „Presse“ bei dem Ministerium gethan, nicht einverstanden erklären.

London, 21. Februar, Nachmittags. „Reuters Office“ meldet: New York, 9. Februar, Abends. Der französische Gesandte v. Montholon hat dem Staats-Sekretär Seward die Versicherung gegeben, der Kaiser Napoleon habe die Rückkehr der französischen Truppen aus Mexiko anbefohlen.

Das Repräsentantenhaus hat ein Gesetz votiert, welches bestimmt, daß fremde und nicht in Amerika lebende Besitzer amerikanischer Eisenbahnbörsen eine Dividendensteuer bezahlen sollen. — Am Rio Grande sind französische Verstärkungen angelangt.

Peru hat mit Chili ein Bündnis abgeschlossen und Spanien den Krieg erklärt. Die peruanische Flotte ist nach der chilenischen Küste abgesegelt, um die Feindseligkeiten zu beginnen.

Teigr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 22. Februar. Die Preußische Bank hat den Diskont und den Lombard-Zinsfuß auf Waaren auf 6, und den Lombard-Zinsfuß für Effekten-Darlehen an Kaufleute auf 6½ p. ct. herabgesetzt.

Berlin, 22. Februar, 1 Uhr Mittags. Abgeordnetenhaus. Von den Ministern ist Niemand anwesend. Grabow verliest das Schreiben Bismarck's und stellt dem Hause die Geschäftsbehandlung anheim. Hoverbeck beantragt einfache Tagesordnung. Es erhebt sich eine längere Diskussion. Gneist befürwortet die motivirte Tagesordnung. Hoverbeck's Antrag wird angenommen. Der Präsident nimmt das Schreiben des Ministers ad acta. — Das Gesetz, betreffend den Gerichtsosten-Zuschlag, wird auf Vorschlag des Referenten ohne Diskussion angenommen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 21. Februar, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Heinrich, Reyer von Windau, Wind: 0. Strom ausgehend. Revier 14½ f. Wind: S.S.D.

Börse. An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 80 pf. gelber 65—69 Kr. bez. mit Auswuchs 46—62 Kr. bez., 83—85 pf. gelber Frühjahr 70, 69½ Kr. bez., 70 Kr. Br., Mai-Juni 71, 70½ Kr. bez., Juni-Juli 72 Kr. Br., Juli-August 73 Kr. bez.

Rogggen niedriger mit starker Schluss, pr. 2000 pf. loco 46½, 47½ Kr. bez., Frühjahr 48, 47½, 1¼ Kr. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 48½, 1¼ Kr. bez., u. Gd., Juni-Juli u. Juli-August 49½, 1¼, 1½ Kr. bez., Br. u. Gd., September-Oktober 48 Kr. Br.

Gerste loco pr. 70 pf. schles. 38—42 Kr. bez., geringere 35—37 Kr. bez., 70 pf. schles. Frühjahr 41 Kr. bez. u. Gd., 41 ½ Kr. Br.

Hafser loco pr. 50 pf. 27—28½ Kr. bez., 47—50 pf. Frühjahr 29½ Kr. bez.

Erbsen 46—48 Kr. bez., Futter-Frühjahr 49½ Kr. bez.

Rüböl matt, loco 15½ Kr. Br., Februar 15½ Kr. Br., April-Mai 15½ Kr. Br., September-Oktober 13½, 5½ Kr. bez., ½ Kr. Br.

Spiritus matt, loco ohne Fas. 14½ Kr. bez., mit Fas. 14½ Kr. bez., Februar-März 14½ Kr. Br., Frühjahr 15 Kr. Br., Mai-Juni 15½ Kr. bez., u. Br., Juni-Juli 15½ Kr. bez., u. Br., Juli-August 15½ Kr. Br.

Hamburg, 21. Februar. Getreidemarkt ruhig, Termingeschäfte Anfang steigend, matter schließend. Weizen per Februar 5400 pf. netto 116 Kr. Br., 114 Gd., pr. April-Mai 119½ Br., 118½ Gd., 119½ bez. — Roggen auf Termine lebhaft, per Februar 5000 pf. netto 81 Br., 80 Gd., per April-Mai 81½ Br., 81 Gd., 82½ bez. — Oel per Mai 33½, per Oktober 27½, beides fester — Kaffee ruhig. — Zink matt trock besserer Vertrieb aus London. — Frostwetter.

Amsterdam, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Roggen auf Termine höher, pr. März 178, pr. Mai 183, pr. Mai 183, pr. Oktober 189—190. Raps pr. Oktober 75. Rüböl pr. Mai 53½, pr. Herbst 44½.

London, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Englischer Weizen beschränkt, zu Montags-Preisen verkauft, fremder Weizen unverändert. Frühjahrsgetreide fest, Montags-Preise. — Tribes Wetter.

Beim Schlus des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.